

B) Nichtöffentliche Sitzung:

5. Verkauf eines Baugrundstückes im B-Plan-Gebiet 147 "Duffenter Straße"

6. Verkauf eines vorgelagerten Gartengrundstückes

Der bisherige TOP B) 5. wird nunmehr B)

7. Beantwortung von Anfragen gem. § 17 der Geschäftsordnung des Rates;
Mitteilungen

Weitere Änderungswünsche wurden nicht vorgetragen, so dass die Tagesordnung einstimmig wie folgt abgewickelt wurde:

A) Öffentliche Sitzung:

1. Beratung über die Weiterbehandlung von Anträgen:

- a) Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 28.02.2011;
hier: Aufstellung Sperrpfosten Gehweg Kindergarten Franziskusstraße
- b) Antrag der SPD-Fraktion vom 10.03.2011;
hier: Verbesserung Parksituation Markusplatz
Instandsetzung von Verkehrszeichen und Hinweisschildern
Einrichtung eines Halteverbotes auf der Straße Markusplatz
- c) Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - eingegangen am 22.03.2011;
hier: Errichtung zweiter Container-Recyclinghof auf dem Gelände des Alten Bauhofes in Mausbach

2. Umbesetzung in Ausschüssen:

- a) Antrag der Fraktion Die LINKE vom 14.03.2011;
hier: Umbesetzung im Seniorenbeirat

3. Sanierung der Verwaltung des Technischen Betriebsamtes;
hier: Mittelbereitstellung

4. Kommunal-Versorgungsrücklagen-Fonds (KVR-Fonds)

5. Teil- und unrentierliche Investitionsmaßnahmen 2011

6. Information zur Aktualisierung der Flächendaten für die Festsetzung der Niederschlagswassergebühr

7. Beantwortung von Anfragen gem. § 17 der Geschäftsordnung des Rates;
Mitteilungen

B) Nichtöffentliche Sitzung:

1. Gründung einer Gesellschaft für regenerative Energien;
hier: Green Gesellschaft für regionale und erneuerbare Energie mbH" (GREEN)
 2. Verkauf eines Baugrundstückes im Gebiet B-Plan 147 "Duffenter Straße"
 3. Verkauf von Erbbaugrundstücken
 4. Verkauf eines Baugrundstückes Dahlienweg
 5. Verkauf eines Baugrundstückes im B-Plan-Gebiet 147 "Duffenter Straße"
 6. Verkauf eines vorgelagerten Gartengrundstückes
 7. Beantwortung von Anfragen gem. § 17 der Geschäftsordnung des Rates;
Mitteilungen
-

Vor Einstieg in die Tagesordnung begrüßt BM Gatzweiler zunächst den neuen Leiter des Fachbereichs 2, Herrn Bernd Kistermann, und stellt ihn den Hauptausschussmitgliedern vor.

Anschließend steigt er in die Sitzung ein.

A) Öffentliche Sitzung:

1. Beratung über die Weiterbehandlung von Anträgen:
 - a) Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 28.02.2011;
hier: Aufstellung Sperrpfosten Gehweg Kindergarten Franziskusstraße

Beschluss:

Der Hauptausschuss verweist den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 28.02.2011 einstimmig zur weiteren Bearbeitung an die Verwaltung.

- b) Antrag der SPD-Fraktion vom 10.03.2011;
hier: Verbesserung Parksituation Markusplatz
Instandsetzung von Verkehrszeichen und Hinweisschildern
Einrichtung eines Halteverbotes auf der Straße Markusplatz

Für die SPD-Fraktion erweitert RM Jussen den vorliegenden Antrag seiner Fraktion um die Notwendigkeit, auch die kaum sichtbare Markierung in der Straße Markusplatz Richtung Krewinkeler Straße / Einmündungsbereich Gressenicher Straße neu aufzubringen. RM Konrads erinnert daran, dass Teilflächen des Markusplatzes auf Initiative der CDU-Fraktion befriedet und als Parkfläche ausgewiesen wurden. Seine Fraktion sehe die Normierung und Überwachung auch als erforderlich an.

Beschluss:

Der Hauptausschuss verweist den Antrag der SPD-Fraktion vom 10.03.2011 einstimmig zur weiteren Bearbeitung an die Verwaltung.

- c) Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - eingegangen am 22.03.2011;
hier: Errichtung zweiter Container-Recyclinghof auf dem Gelände des Alten Bauhofes in Mausbach

Die Grünen-Fraktionsvorsitzende Küpper bittet, den vorliegenden Antrag getrennt von der Verlängerungsoption Abfallentsorgung im BVA am 13.04.2011 zu sehen. Sie regt an, den Antrag an den zuständigen Fachausschuss zu verweisen. So habe man mehr Zeit, mit alternativen Anbietern zu verhandeln.

Für den CDU-Fraktionsvorsitzenden Grüttemeier erfolgt die Antragstellung zur falschen Zeit. Mit Hinweis auf die anstehenden Verlängerung der Vergabe zur Müllentsorgung im BVA lehne seine Fraktion die Verweisung des Antrages ab.

Beschluss:

Der Hauptausschuss verweist den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 22.03.2011 mit 10 Ja-Stimmen (BM, SPD, FDP, Grüne, LINKE) und 6 Nein-Stimmen (CDU) zur weiteren Bearbeitung an die Verwaltung.

2. Umbesetzung in Ausschüssen:

- a) Antrag der Fraktion Die LINKE vom 14.03.2011;
hier: Umbesetzung im Seniorenbeirat

Beschluss:

Der Hauptausschuss empfiehlt dem Rat einstimmig, anstelle von Herrn Karl-Heinz Hugo nunmehr Frau Monika Gottfried, Katzhecke 7, 52222 Stolberg als ordentliches Mitglied in den Seniorenbeirat zu bestellen.

3. Sanierung der Verwaltung des Technischen Betriebsamtes;
hier: Mittelbereitstellung

Für den FDP-Fraktionsvorsitzenden Engelhardt enthält das zwischenzeitlich zwei Jahre alte Gutachten Lücken und sei darüber hinaus mit 270.000,- € Sanierungskosten zu niedrig kalkuliert. Die Experten seiner Fraktion beziffern den Sanierungsaufwand mit rd. 500.000,- € als realistisch. Er fordere die Verwaltung daher auf, Alternativen zu erarbeiten und ohne diesen immensen Finanzaufwand die Dichtigkeit des Gebäudes herzustellen.

Mit Blick auf die vorliegende Analyse konkretisiert der SPD-Fraktionsvorsitzende Wolf, dass das Gutachten lediglich die "Oberfläche" der Problemstellungen angekratzt habe. So gebe es zahlreiche Verweise, wonach die Bewertung keine abschließende Mängelanalyse darstelle und vielmehr weitere Untersuchungen erforderlich mache. Auch er befürchte, dass die Gebäudesanierung mit einer Mittelbereitstellung von 270.000,- € nicht zu bewerkstelligen sei.

Für die Koalition beantrage er daher, dass mit einem Finanzaufwand von maximal 20.000,- € zunächst die nicht untersuchten Problemstellungen betrachtet und nach Sanierungsalternativen gesucht werden solle (z.B. überspannende Dachkonstruktion und Ableitung des Gebäude-Regenwassers, wodurch dann u.U. die Fassadenarbeiten auch anders geregelt werden könnten).

Aufgrund der vorausgegangenen Diskussion beklagt der LINKEN-Fraktionsvorsitzende Prußeit das fehlende Baucontrolling in Stolberg. Seine Fraktion gehe davon aus, dass die Aussagen des Gutachtens zutreffend und die Gebäudesanierung erforderlich sei. Mit dem neuerlichen Vorstoß und der zeitlichen Verschiebung der Arbeiten verschlechtere sich die Gebäudesubstanz weiter. Seine Fraktion werde dem Beschlussvorschlag der Verwaltung daher folgen.

Die Grünen-Fraktionsvorsitzende Küpper sieht die Politik gefordert, alternative Konzepte zu finden. Auch sie prognostiziere Preissteigerungen von 2009 nach 2011 und eine Umsetzung der Sanierungsarbeiten mit 270.000,- € als unreal.

Ihre Fraktion trage den Vorschlag, mit einem Finanzaufwand von 20.000,- € die nicht untersuchten Bereiche zu begutachten und alternative Sanierungskonzepte - wie vorgeschlagen- zu erarbeiten, mit.

Auf Nachfrage von RM Emonds, UWG, bestätigt BM Gatzweiler, dass die Arbeitssicherheitsfachkraft, Frau Dr. Hausmann, in den Prozess eingebunden sei.

Für die CDU-Fraktion teilt deren Vorsitzender Grüttemeier die Vorbehalte zum Gutachten und stimmt der Mittelbereitstellung von 20.000,- € zu.

Alsdann wertet BM Gatzweiler den Beschlussvorschlag der Koalition als den weitestgehenden Vorschlag und lässt sodann darüber abstimmen:

Beschluss:

Der Hauptausschuss empfiehlt dem Rat mit 15 Ja-Stimmen (BM, SPD, CDU, FDP, B'90/Grüne) und 1 Nein-Stimmen (LINKE) die außerplanmäßige Mittelbereitstellung von 20.000,- €. Mit diesen Mitteln sind die in der vorliegenden Analyse für das Verwaltungsgebäude des Techn. Betriebsamtes nicht untersuchten Bereiche zu begutachten. Außerdem wird die Verwaltung beauftragt, nach weiteren Sanierungskonzepten zu suchen, die die Gebäude-Situation nachhaltig verbessern.

4. Kommunalen-Versorgungsrücklagen-Fonds (KVR-Fonds)

Beschluss:

Der Hauptausschuss empfiehlt dem Rat einstimmig, wie folgt zur Kenntnis zu nehmen:

- 1) Die städtischen Anteile am KVR-Fonds wurden im November veräußert.**
- 2) Der Verkaufserlös (=Einzahlung) beträgt 842.223,58 €.**
- 3) Hierin enthalten ist ein Gewinn in Höhe von 76.721,89 €.**

5. Teil- und unrentierliche Investitionsmaßnahmen 2011

Der SPD-Fraktionsvorsitzende Wolf zeigt sich erstaunt, dass beim Bauprojekt Stadthallenvorplatz zwischenzeitlich eine Einigung zwischen den Rechtsanwälten erzielt wurde. Da der Rat hierüber noch nicht informiert sei, bittet er die Oberrechtsrätin, die Details zum Einigungsvorgang zu erläutern. In diesem Kontext erinnert Ratsfrau Nießen, SPD, an die umfängliche Behandlung der Thematik gerade im Hinblick auf mögliche Planungsfehler und den sich daraus u.U. ergebenden Regressforderungen der Stadt. Sie bittet zur Niederschrift um Mitteilung, wie der Sach- und Verfahrensstand sei.

Frau Nolte, A 30/32, sichert die Beantwortung für den nichtöffentlichen Teil der Niederschrift zu. **Nachrichtlich:** Sh. Anlage 5) zu TOP B) 7.1

Alsdann steigt BM Gatzweiler in die Abstimmung ein:

Beschluss:

Gemäß § 60 Abs. 1 Satz 1 GO NRW beschließt der Hauptausschuss einstimmig:

- 1. Die Entscheidung der Kommunalaufsicht vom 01.03.2011 wird zur Kenntnis genommen.**
- 2. Die in der Vorlage im Einzelnen aufgeführten konkret anstehenden Investitionen 2011 werden durchgeführt.**

Die U3-KiTa-Maßnahmen Mausbach, Corneliastraße und Zweifall werden unmittelbar nach Zuschussbewilligung angelassen.

Dieser Beschluss ist dem Rat in seiner nächsten Sitzung zur Genehmigung vorzulegen.

6. Information zur Aktualisierung der Flächendaten für die Festsetzung der Niederschlagswassergebühr

Beschluss:

Der Hauptausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zum Versiegelungskataster und zur Abwicklung des Erhebungsverfahrens bei der Aktualisierung der Flächendaten für die Festsetzung der Niederschlagswassergebühr einstimmig zur Kenntnis.

7. Beantwortung von Anfragen gem. § 17 der Geschäftsordnung des Rates; Mitteilungen

- 7.1 Aufgrund der heutigen Presseberichterstattung in der hiesigen Lokalpresse "Feuerwehrkartell: Stadt hofft auf Schadensersatz" [Anlage 2) zur Niederschrift] informiert die Oberrechtsrätin, Frau Nolte, die Ausschussmitglieder über den aktuellen Sachstand. Hiernach zeigt sie sich infolge der Vertragsgestaltung, in der Preisabsprachen klar ausgeschlossen wurden, optimistisch, dass die Stadt Stolberg Regressansprüche -u.U. bis zu 10 Jahren rückwirkend- geltend machen

könne. Durch die Vielzahl der betroffenen Kommunen sei der Städte- und Gemeindebund mit der Angelegenheit befasst und prüfe derzeit rechtliche Schritte gegen die Hersteller.

7.2 RM Simmelink-Weinstein, SPD, erkundigt sich, ob durch den U-3-Ausbau der KiTa "Am Tomborn" die Verlegung der gleichnamigen Schulbushaltestelle an die Hauptstraße vorgesehen sei. Dies sei bisher in keinem Ausschuss mitgeteilt worden. Seine Fraktion sei damit nicht einverstanden.

Der CDU-Fraktionsvorsitzende Grüttemeier teilt mit, dass dies auch in seiner Fraktion diskutiert worden sei. Man habe sich jedoch darauf verständigt, die Angelegenheit im dafür zuständigen ASVU am 14.04.2011 anzusprechen.

BM Gatzweiler sichert die Beantwortung der Anfrage für die Sitzung des ASVU am 14.04.2011 zu.

B) Nichtöffentliche Sitzung:

.....

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorlagen, schloss Herr Bürgermeister Gatzweiler die Sitzung um 18.30 Uhr.

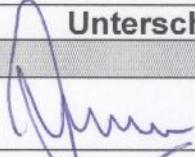
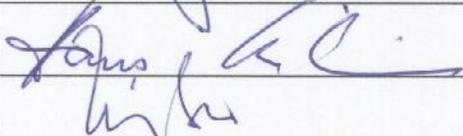
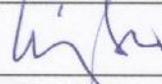
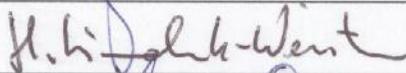
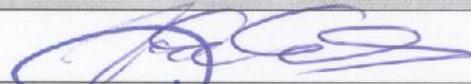
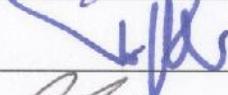
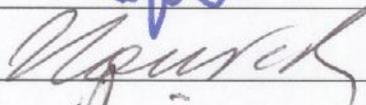
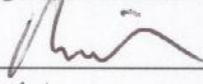
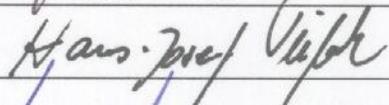
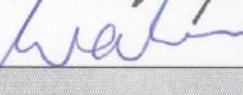
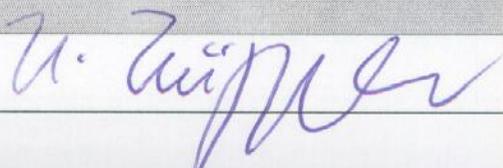
Ferdi Gatzweiler
Bürgermeister

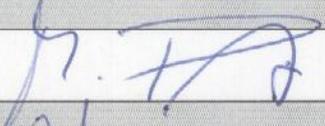
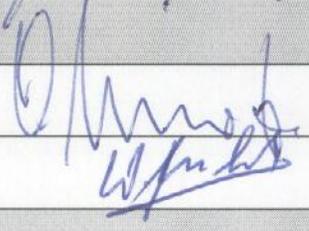
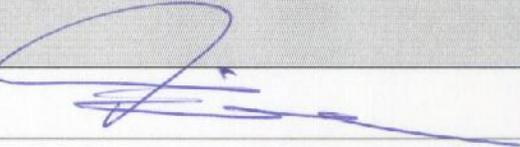
Edith Janus-Braun
Schriftführerin

Die Niederschrift sind folgende Anlagen beigefügt:

- Anlage 1) Anwesenheitsliste
- Anlage 2) Pressebericht zu TOP A) 7.1
- Anlage 3) Konsortialvereinbarung zu TOP B) 1.
- Anlage 4) Satzungsentwurf zu TOP B) 1.
- Anlage 5) Beantwortung zu TOP B) 7.1

Anlage 1zur Niederschrift über die Sitzung des **Hauptausschusses** der Stadt Stolberg (Rhld.)Sitzungskennziffer **XVI / 21**Tag der Sitzung: **Dienstag, 12.04.2011**Ort der Sitzung: **Rathaus, Ratssaal**Dauer der Sitzung von **18.00h** bis **18.30h**Unterbrechung der Sitzung von **—** bis **—**

Lfd. Nr.	Name	Unterschrift
SPD		
	Kaußen, Paul-Heinz Jussen	
	Kleinlein, Hans	
1. stv. Vorsitzende	Nießén, Hildegard	
	Simmelink-Weinstein, Hartmut	
	Wolf, Dieter	
	Zakowski, Hanne	
CDU		
	Emonds, Jochen	
	Grüttemeier, Tim	
	Kirch, Paul Matthias Konrad's	
	Pietz, Siegfried	
	Siebertz, Hans-Josef	
2. stv. Vorsitzende	Wahlen, Karina	
FDP		
	Conrads, Axel Egelhardt, Jens-Land	
B'90/Grüne		
	Küpper, Uschi	

Die LINKE		
	Prußeit, Mathias	
	Nur beratend!	
	Emonds, Hans	
	Kunkel, Willibert	
Bürgermeister		
	Gatzweiler, Ferdi	

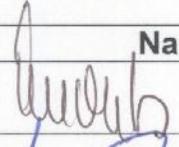
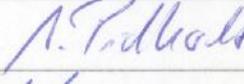
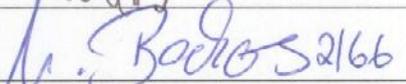
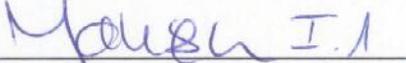
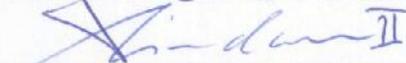
Es fehlen entschuldigt oder unentschuldigt:

Lfd. Nr.	Name	Lfd. Nr.	Name
1		4	
2		5	
3		6	

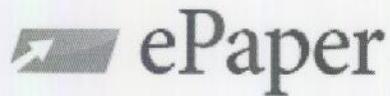
Sonstige Teilnehmer:

Lfd. Nr.	Name	Lfd. Nr.	Name
1		3	
2		4	

Teilnehmer der Verwaltung:

Lfd. Nr.	Name	Lfd. Nr.	Name
1	 II/23	7	 F31
2	 2/66	8	 4/10
3	 F32	9	 1/30/32
4	 I.1	10	 I/14
5	 II	11	 4/10
6	 II/20/21	12	

Aulage 2)


 DRUCKEN SCHLIESSEN

Di, 12. Apr. 2011

Stolberger Zeitung / Lokales / Seite 13

Preiskampf ist nur ein großes Schauspiel

„Feuerwehr-Kartell“ teilt sich den Markt für Löschfahrzeuge untereinander auf. Schaden für Stolberg noch nicht zu beziffern.

Stolberg. Es ist einer der seltenen Fälle, bei denen der Feuerwehr ihr schweres Gerät nicht weiterhilft. Noch haben sich die Rauchschwaden des Komplotts nicht ganz verzogen, sicher ist nur: Während sich die Stolberger Feuerwehr bei der Beschaffung ihrer drei neuesten Löschfahrzeuge nach der Ausschreibung mit den Herstellern in Verhandlungen währte, standen Preise und Auftragsvergabe längst fest. Zwar hat das Bundeskartellamt das sogenannte Feuerwehr-Kartell überführt und gegen die drei Mitglieder insgesamt 20,5 Millionen Euro Bußgeld verhängt, doch inwiefern die Stolberger Feuerwehr finanziellen Schaden erlitten hat, wird derzeit erst geklärt.

„Ich hatte immer den Eindruck, es gibt einen freien Wettbewerb“, sagt Karl Wenn, stellvertretender Leiter der Stolberger Hauptfeuerwache. Wenn allerdings gewusst hätte, dass sich die niedersächsische Schlingmann GmbH & Co. KG, die ostwürttembergische Albert Ziegler GmbH & Co. KG und die österreichische Rosenbauer-Gruppe seit mindestens 2001 über Preise und Quoten verständigt haben, wäre er beim Erwerb der neuesten drei Löschfahrzeuge wohl in Alarmbereitschaft versetzt worden: Rund 700 000 Euro haben die in den vergangenen sechs Jahren beschafften Einsatzwagen gekostet, schätzt Wenn. Gekauft wurden das Hilfeleistungsfahrzeug 20/16 der Hauptwache, das Löschfahrzeug 8/6 der Löschgruppe Werth und das Löschfahrzeug 10/6 der Löschgruppe Vicht bei allen drei Kartellmitgliedern.

„Die beteiligten Unternehmen haben den Markt für Feuerwehrlöschfahrzeuge in Deutschland untereinander aufgeteilt. Vielen Kommunen ist dadurch ein großer finanzieller Schaden entstanden“, sagt Andreas Mundt, Präsident des Bundeskartellamtes. Auf Ebene des Städte- und Gemeindebundes NRW wird derzeit geprüft, inwiefern auch die Stolberger Feuerwehr von den verbotenen Preisabsprachen betroffen ist. „Bislang hat man noch keinen Fall entdecken können, der uns zu Schadenersatzansprüchen berechtigt“, sagt Wenn. Das passt zu den Ausführungen der Firma Ziegler, die in Abrede stellt, dass Kunden beim „Erwerb eines genormten Löschfahrzeugs in den letzten fünf Jahren“ einen wirtschaftlichen Nachteil erlitten hätten. Auch Rosenbauer behauptet das.

Die vier Mitglieder des Kartells – letzter im Bunde ist Iveco Magirus – schanzten sich nach Angaben des Kartellamtes gegenseitig über Jahre hinweg bestimmte Verkaufsanteile („Soll-Quoten“) zu. Die Unternehmen meldeten ihre Auftragseingänge an einen in der Schweiz ansässigen Wirtschaftsprüfer. Dieser erstellte daraus Listen, auf deren Basis die Einhaltung der vereinbarten Quoten bei regelmäßigen Kartelltreffen am Züricher Flughafen überprüft wurde. Darüber hinaus hätten die Unternehmen Erhöhungen ihrer Angebotspreise abgesprochen, erklärt die Aufsichtsbehörde.

„Zürich-Runde“

Neben der „Zürich-Runde“ gab es regelmäßige Zusammenkünfte der Vertriebsleiter der Unternehmen. Bei diesen Treffen wurden nach den Ausführungen der Wettbewerbshüter die kommunalen Ausschreibungen von Feuerwehrfahrzeugen untereinander aufgeteilt. Das Verfahren gegen Vertriebsleiter, Geschäftsführer und Vorstandschefs ist zur strafrechtlichen Prüfung an die Staatsanwaltschaften abgegeben worden.

So oder so: Die Stolberger Feuerwehr wird sich auch künftig mit den Kartellmitgliedern an einen Verhandlungstisch setzen müssen – „schließlich beherrschen sie den Markt“, sagt Wenn. „Ich gehe aber davon aus, dass sie jetzt wachgerüttelt worden sind.“ Dann hält er kurz inne und sagt: „Andererseits bin ich auch immer davon ausgegangen, dass alles mit rechten Dingen zugeht.“ (wyb/gep)

„Ich hatte immer den Eindruck, es gibt einen freien Wettbewerb.“

Karl Wenn, stV. Leiter

der Stolberger Hauptfeuerwache

 DRUCKEN  SCHLIESSEN